

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(15. - öffentliche - Sitzung am 11. Oktober 2013)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/400](#)
- b) **Haushaltsbegleitgesetz 2014**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/576](#)
- c) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2013-2017**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/508](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 08** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und den **Einzelplan 20** - Hochbauten -. Er nahm die Einbringung durch den Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr entgegen und führte darüber eine allgemeine Aussprache, führte die Mitberatung zum Haushaltsbegleitgesetz 2014 durch und nahm die Mittelfristige Planung zur Kenntnis. Danach beriet er die einzelnen Kapitel und Titel und schloss die Beratungen ohne Votum an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen ab.*

2. a) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/259](#)
- b) **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/606](#)

Der - federführende - Ausschuss führte den zweiten Beratungsdurchgang des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen durch und schloss die Beratung zu beiden Gesetzentwürfen ab.

In Abänderung seines Beschlusses in der 13. Sitzung empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf in [Drs. 17/259](#) in der Fassung der Vorlage 28 zuzüglich einiger ergänzender Änderungen anzunehmen.

Ferner bestätigte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP seine in der 13. Sitzung gefasste Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf in [Drs. 17/606](#) abzulehnen.

Zum Berichterstatter zu beiden Gesetzentwürfen bestimmte der Ausschuss den Abg. Will. Der Ausschuss beschloss, dass der Bericht mündlich zu erstatten ist.

3. Unterrichtung durch die Landesregierung über das Ergebnis des Rechtsgutachtens zum Thema „ÖPP A 7“ von Professor Dr. Jörn Ipsen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.